

Die Europäische Union in der Krise

– Plädoyer für einen neuen europapolitischen Dialog – Impulspapier

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax befasst sich derzeit mit der Frage nach den Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und greift diese Frage am Beispiel der Debatte um die „Flüchtlingskrise“ auf. In diesem Zusammenhang ist das untenstehende Impulspapier entstanden. Es soll dazu dienen, sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene den geforderten europapolitischen Dialog anzuregen.

I. Der Umgang mit der „Flüchtlingskrise“ als Symptom für die Krise der EU

Spätestens 2015 ist die internationale Flüchtlingsfrage im Herzen der EU angekommen. Waren die Jahre davor davon geprägt, die Flüchtlingsfrage als Problem der europäischen Mittelmeeranrainerstaaten unter dem Deckmantel des Dublin-Abkommens gewissermaßen zu regionalisieren, so ist mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen 2015 diese schon seit längerem unredliche Strategie gescheitert.

In neuer Weise stellt sich die Frage nach einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik; nunmehr im Umgang mit der Flüchtlingsfrage. Dabei sehen sich die europäischen Staaten sowohl mit Blick auf die Fluchtursachenbekämpfung einer erheblichen Diversität von Fluchtursachen als auch bezüglich des Umgangs mit den Flüchtlingen in Europa einer ebenfalls erheblichen Diversität der europäischen Antworten gegenüber.

In einer Situation, in der verstärkte gemeinsame Bemühungen erforderlich wären, ist vielmehr eine Erosion der europäischen Solidarität mit der Gefahr der Auflösung der europäischen Einheit zu beobachten. Deutlich wird dies in der schrittweisen Aushöhlung des Schengen-Abkommens durch die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen sowie der mangelnden Bereitschaft, die Lasten der Herausforderung gemeinsam zu tragen. Der Ausgang des Referendums in Großbritannien hat die Krise der EU zugleich verdeutlicht und verschärft.

Die Tendenzen zur Renationalisierung von Politik sowie die Erosion der europäischen Solidarität, die letztlich schon beim Umgang mit der Flüchtlingsfrage in den letzten Jahren sowie der Bewältigung der Finanzkrise begonnen hat, machen deutlich, dass es sich nicht in erster Linie um ein Problem der politisch-administrativen Organisation handelt.

Der Kern der Herausforderung der EU und der europäischen Gesellschaften liegt vielmehr in der Notwendigkeit, den eigenen Platz im globalen bzw. im europäischen Kontext zu bestimmen sowie sich um der eigenen Handlungsfähigkeit und Identität willen einer tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Transformation zu unterziehen.

Die Flüchtlingsfrage markiert in besonderer Weise diese Herausforderung. Gerade in der Auseinandersetzung über die Beziehung zum „Fremden“ wird die Frage nach dem eigenen Selbstverständnis, der kulturellen Beheimatung sowie der Begrenzung der eigenen Möglichkeiten deutlich. Besonders tritt dies in der (zumeist imaginierten) Beziehung zum Islam hervor. Dabei sind sowohl die Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, von Abstiegs- und Verlustängsten als auch konkreter Ressourcenkonkurrenzen, z.B. mit Blick auf Arbeitsplätze und erschwinglichen Wohnraum, ernsthaft zu verhandeln.

Angesichts der globalen Trends hat man es aller Voraussicht nach nicht mit einer nur kurzfristigen Herausforderung zu tun. Dies trägt zu einem Gefühl latenter Überforderung in allen betroffenen europäischen Gesellschaften bei, selbst wenn in den meisten europäischen Ländern die Anzahl von Flüchtlingen sehr überschaubar ist. Diese gesellschaftlichen Befindlichkeiten ruhen zum Teil auf realen Problemstellungen, zum Teil auf gewachsenen Wahrnehmungsmustern und zunehmend auf (rechts)populistischer Agitation. Gefühlte und gemessene Temperatur gehen ineinander über. Die aktuellen Herausforderungen setzen die europäischen Gesellschaften unter erheblichen sozialpsychologischen Stress.

Beim politisch-kulturellen Umgang mit dieser Situation unterscheiden sich die verschiedenen Gesellschaften. Diese Unterschiede, die eine erhebliche Barriere zur Schaffung einer gemeinsamen Politik darstellen, gilt es ernst zu nehmen und soweit möglich zu verstehen. Denn in ihnen spiegeln sich gesellschaftliche Identitäten und Erfahrungen, die zu übergehen, den Widerstand gegen das europäische Projekt stärken würde. Soll eine gemeinsame Politik entwickelt werden, dann wird diese nur tragfähig werden, wenn sie anschlussfähig an die unterschiedlichen gesellschaftlichen Prozesse wird, in denen die Identität der jeweiligen Gesellschaften verhandelt wird.

In der aktuellen Situation ist häufig die Versuchung zu beobachten, das je eigene Unbehagen auf andere zu verlagern. So wird z.B. im deutsch-polnischen Kontext eine beachtliche Bereitschaft sichtbar, das eigene Unbehagen angesichts der Herausforderung auf die andern zu projizieren und auf „vertraute“ nationale Deutungsmuster zur (unbewussten) Sicherung der eigenen Identität zurückzugreifen. Wenn diese Dynamik nicht unterbrochen wird, drohen die Beziehungen erheblichen Schaden zu nehmen und die gemeinsame Handlungsfähigkeit empfindlich beschädigt zu werden.

Die gleichen Dynamiken zeigen sich vielfach im Verhältnis zur EU. Erkennbar können nicht alle der Versuchung widerstehen, die EU als das Andere, das tendenziell Überwältigende und Entfremdende, zu imaginieren und mit entsprechender Europafeindlichkeit zu reagieren. In der erheblichen Kraft dieser Imagination, die in Ost wie West von rechtspopulistischen Akteuren erschreckend erfolgreich genutzt wird, zeigen sich sowohl die Tiefe der gesellschaftlichen Verunsicherungen als auch das weitestgehende Fehlen einer europäischen Gesellschaft, in der die nationalen Kontexte in all ihrer spannungsreichen Heterogenität politisch-kulturell eingebunden sind.

II. Plädoyer für einen europapolitischen Dialog und die Entwicklung einer gesamteuropäischen Transformationsperspektive

Die Krise der EU ist – auch wenn sie durch eine Reihe globaler Problemstellungen zu Tage tritt - wesentlich politisch-kultureller Art.

Die Antwort auf diese Krise muss sich sowohl den globalen Herausforderungen und den daraus erwachsenen Notwendigkeiten und Grenzen europäischer Zusammenarbeit als auch der Frage nach den politisch-kulturellen Voraussetzungen der europäischen Handlungsfähigkeit stellen.

Will die EU den Herausforderungen langfristig erfolgreich begegnen, so bedarf es einer stärkeren Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse und der Sozialstandards in der EU sowie einer gemeinsamen Politik zur Verbesserung der globalen Lebensverhältnisse. Die Möglichkeiten einer solchen gemeinsamen (Außen- und Sicherheits)politik sind an innere Voraussetzungen gebunden, die es mittels neuer Anstrengungen zu gewährleisten gilt. So ist im Sinne der Stärkung der sozialen und politischen Kohäsion eine selbstkritische Vergewisserung über die politisch-kulturellen Bindekräfte sowie eine Bearbeitung der bestehenden Spannungen geboten. Sowohl die Staaten als auch die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte, einschließlich der Religionsgemeinschaften sind hier gefordert.

Allerdings gilt es, sich vor der falschen Vorstellung zu hüten, die europäische Idee könnte und sollte als neue, womöglich in einen Überstaat mündende Megaerzählung die nationalen Kontexte aufheben und ersetzen. Vielmehr bedarf es einer europäischen Dialogkultur, in der das je Eigene als wesentlicher Bestandteil des Ganzen zur Sprache gebracht und entwickelt werden kann. Denn das Europäische konstituiert sich wesentlich in einem diskursiven Beziehungszusammenhang, der praktisch erfahrbar werden lässt, dass das je Eigene nicht ohne das – häufig auch konfliktive – Gegenüber erfasst werden kann. In diesem Zusammenhang müssen auch die historischen Gewalterfahrungen in Europa zur Sprache kommen, die in vielerlei Hinsicht gerade auch in ihrer Verschiedenheit unsere gegenwärtigen Selbstverständnisse und Wahrnehmungen prägen. Wir benötigen daher einen erneuerten europapolitischen Dialog, in dem diese Erfahrungen und Prägungen einander verständlich gemacht und konstruktiv aufeinander bezogen werden. Dies gebieten sowohl kluge Konfliktnachsorge als auch Gewaltprävention.

Kontinuierlicher auf geteilten Erfahrungen und Werten beruhender Dialog kann aus konfliktiver Beziehung produktive Gemeinsamkeit schaffen. Eine solche Dialogkultur ist tendenziell offen und weist über den europäischen Rahmen hinaus, auch wenn diesem im Sinne praktischer Handlungsfähigkeit Grenzen gesetzt sind. Die Ziele des Dialogs müssen sein, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und Vertrauen zu stärken, die Wahrnehmung und Annahme der vielschichtigen Herausforderungen zu fördern sowie die gemeinsame Entwicklung einer europäischen Transformationsperspektive zu unterstützen - einschließlich konkreter Reformvorschläge für die EU.

Dies setzt eine signifikante Erhöhung und Systematisierung des europäischen Austausches und Dialogs voraus.

Die europäische Idee ist heute durch protektionistische Politiken herausgefordert, die versuchen, sich auf die nationalen Kontexte zurückzuziehen und entsprechend die nationale Handlungsfähigkeit auf Kosten gemeinsamer Perspektiven zu stärken. Diese Politiken können zwar eine kurzfristig beruhigende Funktion für die betreffenden Gesellschaften haben. Mittel- bis langfristig werden sie mit großer Sicherheit die Voraussetzungen für das untergraben, was sie zu schützen vorgeben.

Die europäischen Gesellschaften stehen vor der Herausforderung, entweder die in den globalen Entwicklungen gründende Transformation gemeinsam mitzugestalten oder letztlich in eine unproduktive Defensive zu geraten, die die eigenen Handlungsspielräume zusehends verengen wird.

Angesichts dieser Situation ist es dringend erforderlich, sich ernsthaft mit den vielfältigen Widerständen gegen die notwendige Transformation zu befassen. In den neuen EU-Mitgliedsstaaten ist nach den schmerzhaften und noch nicht verarbeiteten Prozessen der 90er Jahre eine deutliche Transformationsmüdigkeit festzustellen. Selbst der erfolgreichste Transformationsprozess geht immer auch mit Verusterfahrungen einher, die ihrerseits zu verarbeiten sind. In solchen Prozessen liegt die Versuchung nahe, sich auf das „Eigene“ zurückzuziehen. Eine abermalige tendenziell unempathische „Rosskur“, wie die auf dem Weg zum EU-Beitritt, wird kaum durchsetzbar sein. Der erfolgreiche Wandel setzt seine innere Annahme in den betroffenen Gesellschaften voraus. Diese ist nur durch ein hohes Maß an Partizipation, Transparenz und fairen Interessenausgleich zu gewinnen. In vielen Ländern scheint die Zurückhaltung zudem in einem mangelnden Vertrauen in die eigene Fähigkeit zu gründen, die erforderliche Transformation mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Einklang zu bringen (siehe Frankreich). Eine europäische Initiative könnte die gesellschaftlichen und politischen Kräfte stärken, die die Länder benötigen, um ihre inneren Krisen zu überwinden.

Die Anziehungskraft des europäischen Projekts ist nach den Transformationserfahrungen der 90er Jahre sowie der Finanzkrise und ihren Folgen geschwächt. Anders als nach dem Ende der Blockkonfrontation gibt es heute keine Transformations- und Entwicklungsperspektive, die sich auf klare Mehrheiten in den europäischen Gesellschaften stützen könnte. Hinzu kommt, dass das allgemeine Wohlstandsversprechen der EU an Glaubwürdigkeit verliert und generationenbedingt zugleich die Bindekraft des europäischen Friedensprojekts abnimmt. Vor diesem Hintergrund ist eine neue Begründung des europäischen Projekts geboten.

Die gemeinsame Entwicklung einer Transformationsperspektive für die europäischen Gesellschaften ist dabei zentral. Die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen könnten einen ersten wegweisenden Ansatz für eine solche Transformationsperspektive bieten. Als erste Schritte weisen wir auf unsere früheren Forderungen hin, grenzüberschreitende Sozialversicherungssysteme und existenzsichernde Mindestlöhne einzuführen, sowie Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle Jugendlichen zu eröffnen und damit eine Perspektive auf menschenwürdige Arbeit und Einkommen (vgl. Ziele 8 und 10 der SDG).

III. Unser Beitrag zum europäischen Dialog zur Entwicklung einer Transformationsperspektive

Wir wissen aus unseren vielfältigen Dialogerfahrungen, dass normative Orientierungen, wie sie die Katholische Soziallehre bietet, unverzichtbar sind. Die Prinzipien der Solidarität, der Personalität sowie der Subsidiarität sind gerade auch mit Blick auf die Entwicklung der EU sowie der europäischen Gesellschaften hoch aktuell. Justitia et Pax Europa (JP Europa) hat sie in den Konzierten Aktionen zu „Rassismus bekämpfen – Jugend stärken“ (2012), zur Finanzkrise 2010 und 2013, zur Jugendarbeitslosigkeit 2014, gegen zunehmenden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit 2015 und zu Steuergerechtigkeit und Armut 2016 zur Geltung gebracht. Die europäischen JP Kommissionen haben den erfahrenen Problemdruck in ihren Gesellschaften im Süden, Norden, Osten und Westen Europas verbunden mit einer ethischen Orientierung, die Gemeinwohl gegenüber Einzelinteressen stark macht und die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte für alle vor staatliche Interessen setzt, und so zu nachhaltig tragfähigen Lösungsansätzen beigetragen, oft im Gegensatz zu kurzatmigen Reaktionen der tagesaktuellen Politik. Gleiches lässt sich über die friedenspolitische Erklärung der COMECE sagen, die in Kooperation mit JP Europa im Zuge der Erarbeitung der neuen außen- und sicherheitspolitischen Strategie der EU erstellt wurde.

Dabei haben wir wiederholt die Erfahrung gemacht, dass es auch mit Blick auf normative Orientierungen wichtig ist, der Versuchung zu widerstehen, das Gegenüber normativ überwältigen anstatt überzeugen zu wollen, dies aus Respekt vor dem Anderen. Dementsprechend steht auch die Kirche vor der Frage, wie sie sich breiter und tiefer in diese Auseinandersetzungen einbringt und wie sie ihre transnationale Natur als Ressource zum Wohle aller besser zur Geltung bringt.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax wird daher demnächst:

- europapolitische Dialoge in Berlin und Brüssel führen,
- ein Expertengespräch in Brüssel (oder Straßburg) zu den Herausforderungen durch rechtspopulistische Bewegungen organisieren,
- beim JP Kongress im Dezember 2016 die europäischen Herausforderungen durch populistische Bewegungen thematisieren,
- die europäische und internationale Zusammenarbeit zu menschenwürdiger Arbeit und sozialem Dialog von katholischen Organisationen und der ILO mit Partnern und der COMECE fortsetzen,
- die kirchliche Dialog- und Versöhnungsarbeit der Maximilian-Kolbe-Stiftung in Europa stärken und begleiten,
- gemeinsam mit den europäischen Partnern über die Entwicklung neuer Dialogformate nachdenken und wo erforderlich die Zusammenarbeit ausbauen.

Berlin, den 07/08. Oktober 2016